

Verlorene Mitte, feindselige Zustände - Ist rechtes Denken normal?

28. Oktober 2019, Haus Kassel in Bad Nenndorf

Seit 2006 untersuchen die sogenannten Mitte-Studien der Friedrich Ebert Stiftung rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Friedrich Ebert Stiftung lud in Kooperation mit „Bad Nenndorf ist bunt – Bündnis gegen Rechtsextremismus e.V.“ zur Vorstellung und Diskussion der aktuellen Studie ein. **Claudia Dargel** vom Bündnis und **Alexander Bodenstab**, Referent im Landesbüro Niedersachsen der Friedrich Ebert Stiftung, begrüßten die etwa 80 Gäste und stellten die Referent_innen vor.



Alexander Bodenstab

Franziska Schröter, zuständig für das Projekt gegen Rechtsextremismus der Friedrich-Ebert-Stiftung und Herausgeberin der Mitte-Studie, sprach sich in ihrem Vortrag dafür aus, die positiven Befunde der Studie nicht zu vergessen. Es sei nicht alles schlecht. So halten 86% der Befragten es für unerlässlich, dass Deutschland demokratisch regiert wird und 93% sind



Franziska Schröter

der Ansicht, die Würde und Gleichheit aller müsse an erster Stelle stehen. Gleichzeitig kamen die Wissenschaftler zu der Erkenntnis, dass antidemokratische und destabilisierende Einstellungen sich in der Gesellschaft verfestigt haben. Außerdem sind rechtspopulistische Einstellungen sind oft mit einer erhöhten Gewaltaffinität verbunden. Die Studie erkennt zudem einen wachsenden Antisemitismus. Da ausschließlich deutsche Staatsbürger_innen befragt wurden, lässt sich die Behauptung widerlegen, dass Antisemitismus heutzutage vorrangig muslimisch geprägt sei. Zudem geht eine Abwertung von Asylsuchenden in vielen Fällen mit einer Abwertung anderer Gruppen einher. Grundsätzlich ist festzustellen, dass Ungleichwertigkeitsvorstellungen zunehmen. Deshalb appellierte Schröter an die Anwesenden, miteinander darüber ins Gespräch zu kommen, was Demokratie bedeutet.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse der Studie begann die, von **Rosa Legatis** moderierte, Podiumsdiskussion.

Gefragt nach seiner Reaktion auf die Studie antwortete **Winfried Wingert**, Vorsitzender des Bündnisses, dass die Ergebnisse offenbaren, wie wichtig der Kampf gegen Rechtsextremismus sei. Sorge bereite ihm, dass zwei bis drei Prozent der Befragten klar rechtsextreme Positionen beziehen. Ferner kritisierte Wingert, dass rechte Hassverbrechen verharmlost und als Taten von Einzeltätern abgetan werden. Nach dem Anschlag in Halle meint er jedoch einen Mindshift diesbezüglich festzustellen.

Ähnlich äußerte sich **Andrea Röpke**, Journalistin und freie Autorin, zum Thema Rechtsextremismus. Die Taten des Nationalsozialistischen Untergrundes und auch der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke seien viel zu schnell in Vergessenheit geraten. Nach der Tat in Halle macht Röpke, ähnlich wie Wingert, zumindest ein Umdenken in der Öffentlichkeit aus. Sie befürchtet aber, dass eine Mehrheit der Menschen noch nicht begriffen habe, welche Gefahr von Menschen wie Björn Hocke ausgehe. Der gerichtliche Beschluss, Hocke als Faschist bezeichnen zu dürfen, sei daher überfällig und konsequent. Röpke kritisierte zudem das bisherige Verhalten der Medien. Der Austausch mit Fachleuten komme zu kurz und daher fehle vielen Debatten der fachpolitische Charakter. Stattdessen würde man zu häufig mit Vertreter_innen der AfD sprechen.



v.l.n.r.: Franziska Schröter, Winfried Wingert, Rosa Legatis, Marja-Liisa Völlers, Andrea Röpke

Marja-Liisa Völlers MdB, betrachtet mit Sorge, dass sich nur ein Viertel gut von den Bundestagsabgeordneten vertreten fühlt. Positives werde nicht wahrgenommen. Sie sprach sich deshalb für eine bessere Kommunikation und mehr Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen aus.

Bezüglich des Bundestags beobachtet Wingert die Entwicklungen des Lobbyismus mit Sorge. Durch den wachsenden Einfluss eben jener Gruppen entstehe bei manchen Teilen der Bevölkerung der Eindruck, dass geheime Mächte die Politik lenken. Dies zeige sich auch in der höheren Akzeptanz von Verschwörungstheorien.

Auf die Frage, ob Projekte wie das Bündnis angesichts der momentanen Situation nicht „nur ein Tropfen auf den heißen Stein“ sein, entgegneten Röpke und Wingert entschieden: Die Arbeit von Bündnissen sei „ganz wichtig“, so Röpke, denn durch zivilgesellschaftliches Engagement

wie in Bad Nenndorf und Eschede würden demokratiefeindlichen Akteuren die Grenzen aufgezeigt. Wer angesichts der Ereignisse und Zuständen noch immer von „wehret den Anfängen“ und „Alarmsignalen“ spricht, habe die letzten 10, 20 Jahre verschlafen, so Wingert. Zum Abschluss der Podiumsdiskussion sprach sich Völlers dafür aus, eine klare Haltung zu beziehen und stellte klar, dass vermeintlich ostdeutsche Verhältnisse auch in Niedersachsen vorzufinden sein. Schröter erkennt eine schneller stattfindende Radikalisierung und ein Scheitern, wenn es um eine rechtzeitige Entwaffnung geht. Wingert fügte an, dass Teile der Polizei und des Justizwesens auf dem rechten Auge blind seien.

In der Diskussion mit dem Publikum wurden die Podiumsteilnehmer_innen anfangs nach ihrem Verständnis von Demokratie gefragt: Für Völlers gehören dazu Gleichheit, Meinungsfreiheit, Wahlen und die Freiheit der anderen. Wingert fügte hier noch die Herrschaft des Volkes und die sich daraus abzuleitende Transparenz der Repräsentanten an. Laut Schröter lebt eine Demokratie zudem von einer lebendigen Beteiligung der Bürger_innen. Abschließend wurde die Verschiebung der Diskussion nach rechts bedauert. Mit der Gründung der AfD durch Lucke habe es erstmals eine anschlussfähige Partei für eurokritische Stimmen gegeben. Mit ihrer Art der Debattenführung Sorge die AfD laut Röpke nun aber dafür, dass sich der Diskurs kontinuierlich nach rechts verschoben. Alle waren sich einig, dass man dem entgegenwirken müsse. Schließlich würden die Ergebnisse der Mitte-Studie genau das zeigen und zum Handeln aufrufen.

Die Veranstaltung endete mit einem Schlusswort von **Jürgen Uebel**. Dieser zeigte sich besorgt um den Zustand der Demokratie in Deutschland. Die Möglichkeit des Entzugs der Gemeinnützigkeit von Vereinen wie Attac verurteilte er aufs Schärfste. Für ihn steht außer Frage: Gemeinnützige Vereine müssen erhalten bleiben und zivilgesellschaftliches Engagement weiterhin gefördert werden.